

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein MdB untersucht die Folgen von Kiechles Flächenstillegungsplänen: Kopflose Agrarpolitik. (Teil II)

Seite 1

Christa Meier MdL stellt eine Initiative der bayerischen SPD-Landtagsfraktion vor: Zeugnisse jüdischer Kultur in Bayern erhalten.

Seite 3

Eckart Kuhlwein MdB setzt sich mit der Ausgestaltung der Weiterbildung auseinander: Nicht nur an unmittelbaren Verwertungsgesichtspunkten ausrichten.

Seite 4

Dokumentation:

SPD-Europaabgeordnete haben an Bundeskanzler Kohl appelliert, die Zukunft der Stahl-Regionen zum Thema des EG-Gipfels zu machen. Wortlaut

Seite 8

43. Jahrgang / 28

10. Februar 1988

Kopflose Agrarpolitik (Teil II)

Kiechles Rezepte können die Probleme nicht lösen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die hitzigen Diskussionen über den Abbau der EG-Agrarüberschüsse haben sich im Vorfeld des Brüsseler Nachsitz-Gipfels immer stärker auf wenige Themen verengt: Flächenstillegungen und/oder Preissenkungen, Vorruhestandsregelung. Ob dabei die Gleichung: weniger bewirtschaftete Fläche = weniger Produktion = weniger Agrarausgaben aufgeht, ist höchst zweifelhaft; sicher ist dagegen, daß die Gleichung: Flächenstillegungen = Höfesterben = Ausdünnung der ländlichen Räume größte Realisierungschancen hat. Wer sich verlassenere Dörfer und verödete Landstriche nicht vorzustellen vermag, der kann in Südfrankreich oder Italien heute schon den nötigen Anschauungsunterricht erhalten.

Abgesehen davon, daß die obengenannten Instrumente total untauglich sind, wenn es um die Einleitung einer wirklichen Reform der Agrarpolitik geht, fällt auf, daß in den ganzen Diskussionen ein anderer Aspekt bislang völlig unerwähnt blieb: nämlich die Frage nach der Versorgungssicherheit der Bevölkerung in Krisenzeiten.

320 Millionen Bürger wollen in der EG versorgt sein, und sie sind es heute zu über 100 Prozent. Ein üppiges und vielfältiges Angebot an Nahrungsmitteln steht ihnen zur Verfügung, ein Angebot, das jedoch von immer weniger Betrieben erzeugt wird. Allein in der Bundesrepublik haben im letzten Wirtschaftsjahr laut Agrarbericht wiederum 26.700 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben.

Wenn aber die Vielzahl der kleinen Höfe verschwindet und wenn gleichzeitig die Lebensmittelerzeugung sich mehr und mehr in jene Gebiete verlagert, in der sie „lohnend“ betrieben werden kann, dann entstehen Gefahren ganz neuer Art. Je stärker die Milcherzeugung, der Getreide- oder Kartoffelanbau, der Obstbau oder die Fleischproduktion spezialisiert und auf bestimmte Regionen konzentriert wird, desto höher wird das Risiko, daß es in Krisenfällen zu Versorgungsengpässen kommt. Offenbar haben die Agrarminister, und insbesondere auch der Bundesminister für Landwirtschaft, Kiechle, aus der Katastrophe von Tschernobyl nichts gelernt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Pressepapier hergestellt
mit 100% Recycling-Papier



Ober Wochen und Monate hinweg durften Milch- und Milchprodukte ebenso wie Obst und Gemüse zum Beispiel aus dem Allgäu, dem Bodenseegebiet und aus weiten Gebieten Südbayerns nicht zum Verzehr zugelassen werden. Auf der Insel Reichenau, dem Garten Baden-Württembergs, wurden, wie auch anderswo, viele Hektar erntereife Gemüse unterpflügt, vernichtet, weil die Strahlenver-
seuchung zu hoch war. Es braucht wenig Phantasie, sich vorzustellen, was passieren würde, wenn zum Beispiel die Milcherzeugung in Mitteleuropa nur noch auf die günstigen Gebiete Niedersachsens, Schleswig-Holsteins, Hollands und die britischen Inseln beschränkt wäre und exakt diese Gebiete von einer ähnlichen Nuklearkatastrophe heimgesucht würden. Der heutige teure EG-Vorrang an Milchpulver reicht gerade für circa zehn Tage.

Die deutsche Landwirtschaft kann die Bevölkerung der Bundesrepublik zu 92 Prozent mit Nahrungsmitteln versorgen. Dieser Versorgungsgrad ist aber nur möglich, weil große Mengen an Futtermitteln eingeführt werden, davon 50 Prozent aus Entwicklungsländern. Ohne diese Futtermittelimporte wäre nur ein Versorgungsgrad von circa 65 Prozent erreichbar. Das heißt, unsere Abhängigkeit ist schon heute beträchtlich. Wenn die Einfuhren wegfallen, können nicht nur Rinder- und Hähnchenmastbetriebe zumachen, sondern auch Geflügelfarmen und Milchviehbetriebe.

Infolgedessen kann es auch dann zu empfindlichen Versorgungslücken kommen, wenn in den Exportländern, die uns Futtermittel liefern, Katastrophen oder große Seuchen auftreten und dadurch die Lieferungen über längere Zeit gestoppt werden müßten. Unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit und der Krisenfestigkeit ist eine dezentrale Erzeugung der Grundnahrungsmittel die beste Gewähr. Nur nebenbei sei daran erinnert, daß die Lebensmittel bei kurzen Entfernungen und direkter Vermarktung frisch und naturbelassen zum Verzehr kommen können, statt denaturiert, sterilisiert, getrocknet und vakuumverpackt wie heute allgemein üblich.

Es klingt wie Hohn, wenn Minister Kiechle von „struktureller Verbesserung“ spricht und damit sein Flächenstilllegungsprogramm als Fortschritt anpreist.

Kiechle muß sich fragen lassen, ob er der Reduzierung auf immer weniger Mammutbetriebe tatsächlich für eine „Verbesserung“ hält. Zumindest hat er damit das Recht verloren, weiterhin von der Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft zu reden. Der zu lange einseitig und einäugig angepeilte Strukturwandel hat sich längst selber überholt - in einem Ausmaß, das sich auch Sicco Mansholt wohl nicht vorgestellt hat. Das Ziel muß heute Stabilisierung und nicht Dezimierung der Bauernhöfe heißen. Mit jedem Hof, der verschwindet, geht ein Stück Versorgungssicherheit zugrunde.

Milliarden für die Vernichtung von Überschüssen zu verschleudern, ist nicht nur unsinnig, sondern frevelhaft; ebenso frevelhaft ist es aber, Milliarden für die Vernichtung von Höfen auszugeben.

Jeder Bauernhof ist weit mehr als eine Produktionsstätte für Nahrungsmittel; er ist ein Lebensmodell. Der Bauernhof gehört zur Landschaft, er prägt sie und pflegt sie. Ohne Bauernhöfe würde sich das Gesicht unserer Landschaft total verändern, hat sich zum Teil schon verändert. Deshalb ist es vernünftiger, einen Bruchteil der EG-Agrargelder für Landschaftspflege auszugeben, als Vergütung für tatsächlich erbrachte Leistung. Extensivierung und Ausgleichszahlungen für Landschaftspflege führen in die richtige Richtung, nicht aber Flächenstilllegungen. (-/10.2.1988/vo-he/rs)

* * *

Zeugnisse jüdischer Kultur in Bayern erhalten

SPD fordert Bestandsaufnahme und Erhaltung

Von Christa Meier MdL

Gerade in den ländlichen Gebieten des Freistaates Bayern gibt es an vielen Orten noch Zeugnisse jüdischer Kultur - Synagogen und Bethäuser, Friedhöfe und Grabanlagen - die zum Teil einer größeren Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Die bayerische SPD-Landtagsfraktion ist der Meinung, daß diese Stätten nicht sich selbst überlassen werden dürfen. Die SPD-Kulturpolitiker haben deshalb einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung zur „Bestandsaufnahme“ auffordert. Die Staatsregierung soll dem Landtag einen Bericht vorlegen, in dem eine Übersicht über die in Bayern vorhandenen Zeugnisse jüdischer Kultur, ihren derzeitigen Zustand, ihre derzeitige Verwendung und gegebenenfalls geplante oder in Durchführung begriffene Erhaltungsmaßnahmen gegeben wird.

Viele dieser Stätten jüdischer Kultur sind heute zweckentfremdet und teilweise in einem beklagenswerten Zustand. An einigen Orten ist bereits eine Renovierung erfolgt, an anderen Orten aber nicht. Der von uns verlangte Bericht soll Grundlage für die Beratungen sein, an welchen Orten Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden müssen, um diese Zeugnisse jüdischer Kultur für die Nachwelt zu erhalten.

In einem zweiten Antrag verlangt die SPD-Fraktion eine personelle und finanzielle Unterstützung des Staates bei der Errichtung eines „Jüdischen Museums“ in Fürth. Zur Begründung verweisen die örtlichen SPD-Landtagsabgeordneten Günter Hefele und Heiko Schultz auf die Bemühungen der Stadt Fürth um ein solches Museum.

Die Stadt Fürth ist nicht in der Lage, das Projekt allein zu finanzieren. Eine staatliche Unterstützung ist jedoch angesichts der Bedeutung der Stadt Fürth für das Judentum gerechtfertigt. Fürth war das religiöse Zentrum der Juden. Von hier aus wurde religiöser und geistiger Einfluß auf das Weltjudentum genommen. Es ist daran zu erinnern, daß sich die im Jahre 1670 aus Wien vertriebenen Juden in Fürth angesiedelt hatten und von dort aus die deutsche Sprache und das Deutschtum übernahmen. Die gelungene Integration der Juden zu jüdischen Bürgern in Fürth wird nach Ansicht von Günter Hefele an einem Netzwerk sozialer, erzieherischer und kultureller Einrichtungen sichtbar. Diese Einrichtungen und die dazugehörigen Schenkungen prägen auch heute noch das Bild einer offenen Stadt mit einem liberalen Geist.

Als Standort für ein jüdisches Museum plant die Stadt Fürth ein städtisches, denkmalgeschütztes Anwesen, das in früheren Jahrhunderten bereits ein Zentrum jüdischer Kultur mit Tuckbad, Synagoge und Schule war.

(-/10.2.1988/vo-he/rs)

* * *



Hochschulen und Weiterbildung

Weiterbildung darf nicht nur an unmittelbaren Verwertungsgesichtspunkten ausgerichtet sein

Von Eckert Kuhlwein MdB

Obmann für Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion

1. Die Erkenntnis, daß Bildung angesichts beschleunigter technologischer und sozialer Veränderungen immer mehr zum lebenslangen Prozeß werden muß, gehört heute zu den Binsenweisheiten. Wie dieses lebenslange Lernen jedoch organisiert werden soll, wieviel Markt und wieviel Staat notwendig sind, welche Einrichtungen für welche Zielgruppen mit welchen Inhalten Träger der Weiterbildung sein sollen, wer schließlich die Veranstaltung Weiterbildung bezahlen soll, darüber gehen die Meinungen in der Gesellschaft noch ziemlich weit auseinander. Auch bei uns in der SPD sind noch längst nicht alle diese Fragen zu Ende diskutiert. Dies gilt auch für die schwierige Frage der Beziehungen zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Bereich der Weiterbildung. Fest steht für uns allerdings, daß auch diese Beziehungen politisch gestaltet werden müssen, was immer das im Einzelnen an konkreter Regelung bedeutet, weil es für die Weiterbildung eine öffentliche Verantwortung geben muß.
2. Die Hochschulen haben die vom HRG und den Landeshochschulgesetzen übertragene Aufgabe der wissenschaftlichen Weiterbildung bis heute nur zögernd angenommen. Das hat auf der einen Seite mit der „Überlast“ zu tun, die in vielen Fächern und Fachbereichen die Entwicklung neuer Angebote erheblich beeinträchtigt. Das hat aber auch damit zu tun, daß viele Hochschullehrer den Elfenbeinturm nur ungern verlassen, um in die real existierenden Probleme der Praxis einzusteigen, wie sie von Weiterbildungsstudenten in die Hörsäle getragen werden. Die Öffnung des Elfenbeinturms muß politisch angestoßen werden. Die Überlast jedoch wird noch lange ein Hemmnis für einzelne Weiterbildungsveranstaltungen beziehungsweise Weiterbildungsstudien bedeuten. Dennoch sollte es schon heute Probeläufe und konzeptionelle Vorarbeiten geben.
3. Die Sorge vieler Weiterbildungsträger aus dem Bereich der Verbände, ein Ausbau der Hochschulangebote könnte zu einem Verdrängungswettbewerb führen, ist nur schwer nachzuvollziehen. Wenn es richtig ist, daß der Transfer von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen aus den Hochschulen in Wirtschaft und Gesellschaft, und umgekehrt der Transfer praktischer Probleme in die Hochschulen eine Voraussetzung für die ständige ökonomische, ökologische, soziale Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sind, dann reicht es nicht aus, Hochschulprofessoren in Nebentätigkeit Seminare halten zu lassen. Dann ist es vielmehr notwendig, die Hochschulen als Ganzes und mit allen ihren Disziplinen in diesen Transfer einzubeziehen. Die Hochschulen sehen ihre Aufgabe in der Weiterbildung auf dem Feld systematischer Wissenschaft. Das kann auch berufliche und allgemeine Weiterbildung, aber auch zusammen, sein. Aber die Grenze liegt dort, wo die Hochschule ihren wissenschaftlichen Standard aufgibt.
4. Weiterbildung an Hochschulen kann nicht wie die Erstausbildung kostenfrei sein. Dabei ist noch nichts darüber gesagt, wer die Gebühren bezahlt. Sichergestellt werden muß, daß die soziale Öffnung gewährleistet ist. Das gilt für Angebote von besonderem öffentlichen Interesse genauso wie für Individuelle Förderung. In diesem Zusammenhang müßte auch die Regelung im AFG überprüft werden, die Maßnahmen an einer Fachhochschule, Hochschule oder ähnlichen Bildungsstätten von der Förderung ausschließt.
5. In der Weiterbildung ist die Zusammenarbeit mit Einrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs geboten. Dafür eignen sich Verbände der Wirtschaft genauso wie Gewerkschaften, wie auch Ver-



bände beziehungsweise Initiativen etwa aus dem Umweltbereich. Und es ist ja kein Geheimnis, daß Hochschullehrer und Hochschulinstitute vielfach maßgeblich an Stiftungen und Vereinen der Weiterbildung außerhalb der Hochschule beteiligt sind. In einigen Fällen sind auf Initiative einzelner oder mehrerer Hochschulen und Hochschullehrer Institute und Akademien zur Weiterbildung gegründet worden, wenn man etwa an das Institut für Technische Weiterbildung in Berlin denkt. Das sollte allerdings nicht dazu führen, daß Hochschullehrer sich außerhalb ihrer dienstlichen Aufgaben beachtliche Einnahmequellen erschließen, ohne ihren gesetzlichen Aufgaben im Rahmen des Weiterbildungsauftrags in der Hochschule nachzukommen.

6. Die Hochschulen haben einen eigenständigen Auftrag in der wissenschaftlichen Weiterbildung. Und dies aus guten Gründen:

- Sie stehen prinzipiell allen Interessenten offen - anders als die - an betrieblichen Interessen orientierten Angebote der Wirtschaft für ihre Beschäftigten;
- sie können damit einen Teil des erheblichen Gefälles zwischen der Weiterbildung in Großbetrieben auf der einen und in kleinen und mittleren Betrieben auf der anderen Seite ausgleichen;
- sie können einen Beitrag leisten zu mehr Chancengleichheit im Bildungswesen, weil sie wissenschaftliche Weiterbildung auch für Arbeitnehmer ohne förmliche Hochschulzugangsberechtigung öffnen können;
- und sie leisten damit der ständig notwendigen Studienreform und letztlich sich selbst einen Dienst, weil Praxisferne, die sich mit Weiterbildung nicht verträgt, nach wie vor ein Kennzeichen vieler Studienaufenthalte an Hochschulen ist.

Dies alles mindert nicht die unbestrittene Bedeutung anderer Weiterbildungsträger, auch aus dem Bereich der Wirtschaft. Aber diese Feststellung muß mit dem Appell an die Wirtschaft verbunden werden.

- Weiterbildung nicht nur unter unmittelbaren Verwertungsgesichtspunkten zu konzipieren, also nicht nur Anpassungsfortbildung an die jeweils nächste Maschinengeneration zu betreiben;
- im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung die Zusammenarbeit mit den Hochschulen, insbesondere den Fachhochschulen zu suchen;
- und nicht zu übersehen, daß auch betriebliche Weiterbildung nicht nur berufliche Fähigkeiten erhalten und erweitern soll, sondern auch der allgemeinen politischen Bildung zu dienen hat.

(-/10.2.1988/vo-he/st)

* * *



DOKUMENTATION
=====

SPD-MdEP an Kohl: Zukunft der Stahlregionen zum Gipfel-Thema machen!

SPD-Europa-Abgeordnete haben an Bundeskanzler Kohl appelliert, die Zukunft der Stahl-Regionen zum Thema des EG-Gipfels zu machen

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir wenden uns an Sie mit der dringenden Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß auf dem Europäischen Rat in Brüssel am Donnerstag und Freitag dieser Woche auch Grundsatzentscheidungen zugunsten der Zukunft der Stahlindustrie in Europa gefaßt werden. Dies sollte auf der Grundlage der mit breiter Mehrheit im Europäischen Parlament gefaßten Beschlüsse geschehen, damit explosive soziale Konflikte in den Stahlregionen abgewendet und die Zukunft der krisenbelasteten Stahlstandorte sichergestellt wird.

Wie wir bereits in unserem bisher nicht beantworteten Fernschreiben am 20. Dezember 1987 dargelegt haben, sind nach Feststellung der Mehrheit der gewählten Vertreter von 320 Millionen EG-Bürgern die folgenden Gesichtspunkte zu beachten:

- Die Quotenregelung muß verbessert, Stabstahl und Wahldraht müssen erneut berücksichtigt werden.
- Alle traditionellen Stahlstandorte müssen einbezogen werden, Wettbewerbsverzerrungen sind abzubauen und künftig zu verhindern. Dazu gehört auch die Abwehr von Stahl-Billigimporten aus Drittländern, insbesondere durch wirksame Kontrolle und beschleunigte, durchgreifende Antidumping-Verfahren.
- Das Gemeinschaftsprogramm für die Stahlkrisenregionen muß als Beitrag zur Schaffung der notwendigen Ersatzarbeitsplätze von 300 Millionen ECU auf 600 erhöht werden. Außerdem ist ein mehrjähriges Berufsqualifizierungsprogramm für Stahlarbeiter in Höhe von 150 Millionen ECU zu realisieren.
- Die Verwendung von Stahl in neuen Anwendungsbereichen ist durch verstärkte Förderung der Forschung und Entwicklung voranzutreiben.
- Die Allgemeinen Ziele Stahl 1999 müssen durch die Kommission umgehend aktualisiert werden.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir hoffen, daß Sie unseren Appell, der im übrigen auch die Meinung der Mehrheit der christdemokratischen EVP-Fraktion wiedergibt, aufnehmen. Es wäre fatal, wenn sich in der Öffentlichkeit der Eindruck festsetzte, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bereit ist, Ansehen und Einfluß zu opfern, wenn es um die Interessen Begünstigter der Agrarpolitik geht, aber den berechtigten Forderungen der Bürgerinnen und Bürger in den Stahlregionen keine Aufmerksamkeit widmet.

Hochachtungsvoll

gez.: Gerd Walter, Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten, Heinke Safisch und Hans Peters, Stellvertretende Vorsitzende, Manfred Wagner, Stahlberichterstatler des Europäischen Parlaments
(-/10.2.1988/vo-hs/rs)

* * *

